

## Preistreiberei ist Hochverrat.

Vereinbarungen der Preisprüfungs-Kommissionen  
Oesterreichs und Ungarns.

In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung der beiden Kommissionen wurde die Frage einverständlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Kriegswuchers und des Schleichhandels eingehend erörtert. Der Vorsitzende der österreichischen Zentral-Preisprüfungs-Kommission Frh. v. Fries wies darauf hin, daß die bisherigen Beratungen über die allgemeinen grundsätzlichen Fragen zur vollen Einigung geführt hätten und diesbezügliche Anträge nun bereits an die beiderseitigen Regierungen gestellt worden seien. Es erübrige nun noch, die Bekämpfung des Kriegswuchers in beiden Staaten nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln und auf das energischste durchzuführen. Es steht fest, daß Kriegswucher und Schleichhandel eine geregelte Versorgung gänzlich unmöglich machen, daß die Schleichhandelspreise und ihre Wirkung die innere Ordnung und Ruhe gefährden müßten, daß ferner die ins Ungemessene wachsenden Schleichhandelspreise den Notenumlauf ins Uferlose vermehren, was unsere Valuta und somit unsere Staatsfinanzen zerstöre, so daß die Bekämpfung des Schleichhandels eine Staatsfrage allerersten Ranges werde.

Eine entschlossene und rücksichtslose Bekämpfung des Kriegswuchers sei daher Lebensfrage der beiden Staaten. Allernotwendigste Maßnahmen seien die Ausgestaltung der Kriegswucherämter und des Ausschiedienstes, damit alle Fälle des Schleichhandels zur Anzeige kommen und durch rasche, drakonische Bestrafung jedes dieser Vergehen eine heilsame Furcht in die Kreise der Preistreiber getragen werde. Er wiederholt den Vorschlag, Preistreiberei als Hochverrat zu bestrafen und wenn es sein müßte, selbst auf Kosten des Militärstandes zum Kampfe gegen den inneren Feind, den Kriegswucher, die nötigen Streiter zu gewinnen.

Der Präsident der ungarischen Landes-Zentral-Preisprüfungs-Kommission Professor Dr. Friedmann stellt fest, daß sich die Zustände auf dem Gebiete der Preispolitik in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert haben. Der böse Traum der Kriegskonjunktur dauere fort. Gewiß werden die reinen Konsumenten von der Teuerung unmittelbar und am schwersten betroffen, aber auch die Produzenten haben das allergroßte Interesse an dem Aufhören dieses Zustandes. Aus valutariischen und finanziellen Gründen und wohl auch mit Rücksicht darauf, daß beim Exporte große Gewinne erzielt werden, werde danach gestrebt, den Export möglichst zu steigern. Die unmittelbare valutariische Wirkung zugegeben, dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß große Exporte in vielen Fällen zu Warenknappheit und damit zur Preissteigerung führe. Es müsse daher den beiden Kommissionen Einfluß auf die Exportfrage mit ihrer valutariischen Bedeutung eingeräumt werden. Ferner könne dem Staate nicht der Vorwurf erspart bleiben, daß er durch die Neigung, seine Einkünfte, wie Steuern, Tarife und Monopolpreise, zu erhöhen, zur allgemeinen Teuerung beitrage. Auch hier sollte den Kommissionen eine beratende Rolle eingeräumt werden. Die ungarischen Vertreter stimmen vollkommen dem Vorsitzenden bei, zumal was die ganz rücksichtslose Bekämpfung des Kriegswuchers anlange. Die Vollstreckung der Strafen müßte jedoch eine sehr rasche, unbedingte und unabwähbare sein. Nur allzu oft werde

das Vergehen entweder gar nicht eingeleitet oder es ver-schwände im Instanzenzuge oder aber die verhängten Strafen werden nicht vollstreckt. Wer in dieser schweren Zeit, in der Stunde der letzten großen Entscheidungsschlacht die wirtschaftliche Widerstandskraft seiner Heimat antastet, übt Hochverrat und habe dem Standrecht zu verfallen. Wir müssen den Stab über ihn brechen. Nach einer längeren Debatte, in der von den Rednern die oft gehörten Anregungen gegeben und Ratschläge erteilt wurden, betonte der Vorsitzende des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Gen. Landwehr v. Pragenau den innigen Zusammenhang zwischen den Preisen und den übrigen Ernährungsfragen. Die Preisfrage beeinflusste daher auch die politische Frage und sei derart dringend, daß keine Maßregel zu rasch und zu intensiv sein könne. Die Arbeiten der Kommissionen berührten sowohl Oesterreich wie Ungarn in gleichem Maße, da beide Staaten in gleicher Weise unter dem Kriegswucher zu leiden hätten. Feste Handhabung der Justiz und der Kontrolle sowie die Erweckung des Bewußtseins in der Bevölkerung, daß jeder an der Beseitigung der herrschenden Zustände mitarbeiten müsse, seien unbedingte Notwendigkeiten.

Nach längerer Spezialdebatte einigten sich die beiden Kommissionen auf der Grundlage des von der österreichischen Kommission ausgearbeiteten Elaborates. Am Nachmittag wurde in die Besprechung der Preise einzelner Industriewarartikel eingegangen. Eine Deputation der österreichischen Zentral-Preisprüfungs-Kommission wird in den nächsten Tagen vom Ministerpräsidenten zum Vortrag empfangen werden.